

## Vorläufige Ergebnisse der Bundestagswahl 1969

Jedem Wahlgang eigen ist das Moment der Spannung auf das Ergebnis. Die Wahl zum 6. Deutschen Bundestag machte hiervon keine Ausnahme. Im Gegenteil: Nicht wenige meinten, die Spannung sei früher noch nie so groß gewesen. Tatsächlich gab es einige Umstände, die den Wahlgang als besonders interessant erscheinen ließen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik stellten sich CDU/CSU und SPD als Partner einer Großen Koalition bei einer Bundestagswahl dem Wähler. Erstmals konnte der Wähler das voraussichtliche Handeln bestimmter Parteien nach der Wahl in sein Kalkül mit einbeziehen; von kompetenter Seite war nämlich schon vor der Wahl für den Fall, daß das Wahlergebnis dies zuließe, eine Koalition zwischen SPD und FDP in Aussicht gestellt worden. Erstmals stand eine echte Entscheidung über den Einzug der NPD in den Deutschen Bundestag an; dies unter dem Aspekt, daß diese Partei bei der letzten Parlamentswahl vor der Bundestagswahl 1969, der oft als „Testwahl“ bezeichneten Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg 1968, immerhin rund ein Zehntel der Mandate erlangte. Nur ein paar besonders erwähnenswerte Punkte zwar, doch gewiß genug, um ein wenig die Szene zu skizzieren, die der Wähler zu einem Bild der zukünftigen politischen Landschaft gestalten sollte. Ob er tatsächlich ganz eindeutig gestaltet hat, muß dem Urteil des einzelnen überlassen bleiben. In welchem Maße er Akzente gesetzt hat, sei hier zahlenmäßig in aller Kürze aufgezeigt.

### Trotz höherer Wahlbeteiligung Baden-Württemberg wieder an letzter Stelle

Am Wahlsonntag, dem 28. September 1969, zeichnete sich schon verhältnismäßig früh ab, daß mit einer regen Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg gerechnet werden durfte. Gerade in diesem Land konnte erfahrungsgemäß nicht unbedingt eine hohe Quote erwartet werden, eher eine schon traditionell vergleichsweise geringere Rate. Immerhin gingen von den 5,52 Mill. Wahlberechtigten in Baden-Württemberg 85,1 % zur Wahlurne oder wählten brieflich. Obwohl damit die höchste Quote seit 1949 und gegenüber 1965 eine Zunahme um 0,3 Prozentpunkte erreicht wurde, blieb das Land wiederum unter dem (unveränderten) Bundesdurchschnitt von 86,8 %. Obwohl weiterhin in Nordrhein-Westfalen und Bayern die Beteiligungsrate leicht und in Rheinland-Pfalz stärker rückläufig war, konnte Baden-Württemberg angesichts der niederen Ausgangswerte seinen Platz als Land mit der geringsten Wahlbeteiligung mit einem anderen Land nicht tauschen.

In der regionalen Untergliederung<sup>1</sup> zeigten sich Tendenzen zu höherer Wahlbeteiligung vornehmlich in Wahlkreisen, die in Verdichtungsgebieten liegen oder an solche angrenzen. Eine konstante oder mitunter sogar rückläufige Quote war im mehr ländlichen Raum festzustellen; insgesamt ein gewisser Trend zur Nivellierung, wobei sich die Veränderungen fast durchweg in engeren Grenzen hielten.

Auch bezüglich der Häufigkeit ungültiger Stimmabgabe nimmt Baden-Württemberg eine gewisse Sonderstellung ein. Nach dem Saarland (2,9 %) war in Baden-Württemberg mit 2,3 % ungültiger Zweitstimmen wiederum die zweithöchste Ungültigkeitsquote festzustellen. Das Bundesmittel lag bei 1,7 %. In allen Ländern war die Ungültigkeitsrate gegenüber 1965 rückläufig, in Baden-Württemberg um 0,9 und im Bundesdurchschnitt um 0,7 Prozentpunkte.

Durch Nichtwähler, Wähler mit ungültiger Stimmabgabe und Wähler seldiger Parteien, die von vornherein als wenig aussichtsreich betrachtet werden mußten, hat Baden-Württemberg 17,5 % seines möglichen Stimmengewichts verloren. Die Vergleichszahl des Bundes lag wie üblich mit 15,7 % nicht un-

erheblich darunter. Daß Baden-Württemberg trotz der vergleichsweise geringeren Wahlbeteiligung und der höheren Ungültigkeitsquote 2 Abgeordnetenplätze im neuen Bundestag hinzugewann, ist vor allem auf das überdurchschnittliche Abschneiden von CDU und SPD, aber auch auf den im Bundesdurchschnitt stärkeren Stimmenanteil der nicht zum Zuge gekommenen Parteien von 5,5 % gegenüber 5,3 % im Land zurückzuführen. Gleichwohl fehlen dem Land bei 36 Wahlkreisen und 70 Abgeordnetenplätzen, die von Baden-Württemberg her besetzt wurden, immer noch 2 Mandate an seinem „Anspruch“ auf 72 Sitze im Deutschen Bundestag. Ein gleichfalls negatives Konto der Sitze haben Schleswig-Holstein, Bremen und Rheinland-Pfalz (je - 1) sowie Bayern (- 4) und das Saarland (- 2). Gewinner sind Hamburg (+ 1), Niedersachsen (+ 3), Nordrhein-Westfalen (+ 5) und Hessen (+ 2).

### 415 Wahlbewerber

An der Bundestagswahl 1969 nahmen in Baden-Württemberg 8 Parteien teil. Außer den auch der Kurzbezeichnung nach bekannten Parteien CDU, SPD, FDP und NPD waren dies die Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF), die Europa-Partei (EP), die Freisoziale Union - Demokratische Mitte - (FSU) und die Gesamtdeutsche Partei (GPD). CDU, SPD, FDP, ADF und NPD hatten in allen 36 Wahlkreisen Bewerber aufgestellt und Landeslisten vorgelegt. Die EP präsentierte in 3 Wahlkreisen Bewerber, die FSU in 2 Wahlkreisen; beide Parteien hatten auch Landeslisten eingereicht, während die GPD nur mit der Landesliste auftrat. Insgesamt gab es 190 Wahlkreisbewerber und 225 Landeslistenbewerber, das sind durchschnittlich 5,3 Bewerber je Wahlkreis und 28,1 Bewerber je Landesliste. Von den insgesamt 415 Bewerbern waren nur 34 Frauen, rund ein Drittel davon stellte die CDU, ein Fünftel etwa die SPD.

Kurz nach der Schließung der Wahllokale um 18.00 Uhr wurde von einem Meinungsforschungsinstitut eine Prognose bekanntgegeben mit 45,9 % für die SPD und 44,8 % für die CDU. Eine Stunde später lagen erste Hochrechnungen vor mit 47 % für die CDU und 41 % für die SPD. Die Wahrheit lag etwa in der Mitte, doch erwiesen sich die Hochrechnungen als tendenziell richtiger als die Prognose auf Grund einer vor der Wahl abgehaltenen Umfrage. Hochrechnungen werden in der Öffentlichkeit vielfach als Geheimwissenschaft betrachtet. Es bietet sich daher an, eine Möglichkeit der Hochrechnung von Wahlergebnissen, die relativ sehr wenig Aufwand erfordert, gleichwohl gute Ergebnisse bringt, allerdings aber nicht die am frühesten verfügbaren Resultate liefern kann, im folgenden Abschnitt zu behandeln.

### Zur Hochrechnung von Wahlergebnissen

Schon nach Eingang erster Teilergebnisse informieren heute Hochrechnungen ziemlich exakt über den voraussichtlichen Wahlausgang. Wer allerdings an einzelnen Wahlkreisergebnissen interessiert ist, muß noch auf die amtlichen Auszählungen warten. Das Gesamtergebnis in der Wahlnacht möglichst früh richtig vorauszuberechnen, ist zu einem „Sport“ geworden, der von verschiedenen Instituten meist im Auftrag von Funk und Fernsehen betrieben wird. Die amtlichen Stellen, Landes- bzw. Bundeswahlleiter, haben sich bisher nach außen mit der nüchternen Feststellung der vorläufigen amtlichen Wahlergebnisse, ihrer eigentlichen Aufgabe, begnügt. Nebenbei werden jedoch seit der Bundestagswahl 1965 auch im amtlichen Bereich Hochrechnungen einfacher Art vorgenommen. Sie basieren allerdings auf etwas größeren Teilergebnissen (bei Bundestagswahlen auf Wahlkreisergebnissen), weil der amtlich vorgeschriebene Berichtsweg ohne einen gewissen Mehraufwand keine andere Lösung erlaubt.

Bisher wurden diese „amtlichen“ Hochrechnungen nicht veröffentlicht, sondern nur im Sinne von methodischen Untersuchungen zur Technik der Hochrechnung bei Wahlergebnissen

<sup>1</sup> Vgl. hierzu den Statistischen Bericht B III 1 „Vorläufige Ergebnisse der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969 in Baden-Württemberg“. Der Bericht enthält u. a. ausführliche Zahlenangaben für alle Wahlkreise Baden-Württembergs.

verwendet. Das wichtigste Ziel einer Hochrechnung von Wahlergebnissen ist die Schätzung der Stimmenverteilung auf die für die Sitzverteilung in Frage kommenden Parteien. Es interessieren also bei Bundestagswahlen die auf diese Parteien entfallenden Prozentanteile der gültigen Zweitstimmen. Wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, ist eine solche Schätzung aufgrund von Wahlkreisergebnissen rechnerisch sehr einfach.

Im folgenden werden Methode und Resultate einer Hochrechnung der Bundestagswahlergebnisse 1969 für Baden-Württemberg dargestellt. Das Verfahren hat folgendes zu berücksichtigen:

1. Aufgrund des vorgeschriebenen Berichtswegs werden dem Landeswahlleiter auf telefonischem Wege Wahlkreisergebnisse mitgeteilt. Die Reihenfolge der Meldungen ist von Wahl zu Wahl unterschiedlich und nicht vorhersehbar. Eine Schätzung muß also von einer beliebigen Reihenfolge von Wahlkreisergebnissen ausgehen können.

2. Eine sogenannte „freie Hochrechnung“, die *allein* aus den eingehenden Stimmenzahlen auf die Gesamtergebnisse schließt, ist unter sonst gleichen Bedingungen wesentlich weniger sicher als eine Hochrechnung, die Ergebnisse aus früheren Wahlen in das Kalkül einbezieht. Rechnerisch besonders einfach ist dabei eine Differenzschätzung. Sie basiert darauf, daß die Prozentanteile der Parteien nicht direkt, sondern aufgrund der Veränderungen gegenüber früheren Ergebnissen geschätzt werden. Bei einer Hochrechnung von Wahlresultaten wird somit aus der Veränderung der relativen Stimmenverteilung aus den bisher bekannten Wahlkreisen auf die Veränderung im Gesamtgebiet geschlossen und diese auf das frühere Gesamtergebnis angewandt. Da die Wahlkreise unterschiedlich groß sind, müssen deren Ergebnisse noch entsprechend gewichtet werden. Damit ergibt sich folgende Rechenformel:

$$P_i = \bar{p}_i + \frac{\sum_{w=1}^n (P_{iw} - p_{iw}) \cdot G_w}{\sum_{w=1}^n G_w}$$

Hierbei bedeuten:

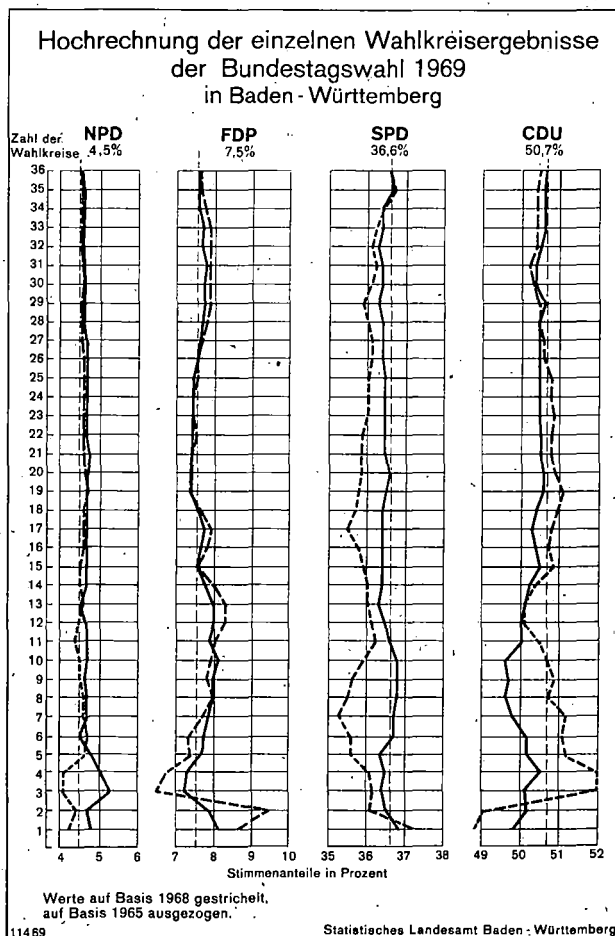
- $P_i$  zu schätzender Stimmenanteil der Partei i im gesamten Land (in %)
  - $p_i$  Stimmenanteil der Partei i bei der Vergleichswahl (in %)
  - $P_{iw}$  neu ermittelter Stimmenanteil der Partei i im Wahlkreis w (in %)
  - $p_{iw}$  Stimmenanteil der Partei i im Wahlkreis w bei der Vergleichswahl (in %)
  - $G_w$  Zahl der gültigen Stimmen im Wahlkreis w
  - $n$  Anzahl der zum Zeitpunkt der Schätzung vorliegenden Wahlkreisergebnisse (Stimmenanteile jeweils auf die Zahl der gültigen Stimmen bezogen).

Die Gewichtung könnte bei der Schätzung dann zu gewissen Verzerrungen führen, wenn das Verhältnis der gültigen Stimmen bei den beiden Wahlen in einzelnen Wahlkreisen sehr unterschiedlich ist. Hier wurde jedoch bisher in der Praxis keine Gefahr für die Sicherheit der Hochrechnung festgestellt.

3. Zum Vergleich werden diesmal zwei ganz verschiedene Wahlen herangezogen: die Bundestagswahl 1965 und die Landtagswahl 1968. Für erstere sprach die Gleichartigkeit, für letztere der kurze zeitliche Abstand verbunden mit den erwarteten Strukturunterschieden durch das vermutete verstärkte Auftreten der NPD. Die beiden Hochrechnungen (Basis 1965 bzw. 1968) wurden beim Eingang eines jeden Wahlkreises bis zum Vorliegen aller Wahlkreise durchgeführt. Somit wurden insgesamt 72 Berechnungen (Baden-Württemberg hat 36 Wahlkreise) vorgenommen.

Die Hochrechnungsformel sieht keine unterschiedliche Behandlung in der Struktur unterschiedlicher Wahlkreise vor (Schichtung). Im Sinne der mathematischen Statistik handelt es sich also um eine umgeschichtete Klumpenauswahl, wobei die Auswahl selbst nicht vorherbestimmt ist und keineswegs den Forderungen nach „Repräsentation“ entsprechen muß. Trotzdem sind die Ergebnisse erstaunlich gut. Die Graphik zeigt die Annäherung der Schätzungen an die endgültigen Wahlergebnisse mit zunehmender Verbreiterung der Informationsbasis (Zahl der bekannten Wahlkreise). Dabei ist erstaunlich, wie genau die Ergebnisse der einfachen Hochrechnung schon aufgrund der Resultate weniger Wahlkreise sind. Wie zu erwarten war, lagen die Berechnungen für die NPD mit der Landtagswahl 1968 als Basis den Endergebnissen im allgemeinen näher. Sie zeigten von Beginn an, daß die NPD die 5%-Grenze nicht überschreitet. Schon nach Eingang des fünften Wahlkreisergebnisses stand dieses Resultat auch aufgrund der Hochrechnung mit Basis 1965 fest. Die Stimmanteile für CDU, SPD und FDP wurden – wie ebenfalls anzunehmen war – mit der Hochrechnungsbasis 1965 besser geschätzt. Sie lieferte zum Beispiel bei der SPD nie mehr als 0,3 Prozentpunkte Abweichung. Auch bei den anderen Parteien zeigte sich ein schnelles Einpendeln.

Die CDU-Ergebnisse wurden allerdings am Anfang etwas unterschätzt. Erst nach dem elften Wahlkreis blieb die Schätzung (Basis 1965) für die CDU konstant über 50 %. Hier zeigt sich deutlich, daß es sich nicht um echte Stichprobenergebnisse



handelt. Um so günstiger sind die Hochrechnungsresultate bei der FDP, obwohl sich gerade bei dieser Partei erhebliche Unterschiede zum Resultat von 1965 ergaben.

Um die Qualität dieser einfachen Hochrechnung richtig zu beurteilen, hat man zu beachten, daß die Stimmenanteile 1969 je Wahlkreis ganz beträchtlich schwanken: bei der CDU zwischen 37 % und 73 %, bei der SPD zwischen 20 % und 51 %, bei der FDP zwischen 4 % und 12 % und bei der NPD zwischen 3 % und 8 %. Auch die Veränderung gegenüber der Landtagswahl 1968 bzw. der Bundestagswahl 1965 sind zwischen den Wahlkreisen sehr unterschiedlich. Beispielsweise liegen die Unterschiede in den Prozentanteilen bei der CDU zwischen 0 und 16 Prozentpunkten (Vergleich zu 1968) bzw. - 3 und 5 Prozentpunkten (Vergleich zu 1965). Bei der FDP lauten die entsprechenden Zahlen - 16 bis - 3 bzw. - 10 bis 3. Damit ergibt sich auch aufgrund der Bundestagswahlergebnisse 1969, daß das oben dargelegte einfache Hochrechnungsverfahren sehr befriedigende Ergebnisse liefert und somit Wahlergebnisse viel leichter „hochzurechnen“ sind, als vielfach angenommen wird.

#### Wahlgewinner und Wahlverlierer: eine schwierige Frage

Das nach Mitternacht bekanntgegebene und inzwischen für Schleswig-Holstein berichtigte amtliche Wahlergebnis ist der untenstehenden Tabelle zu entnehmen.

Dieses Wahlergebnis zu kommentieren, fällt nicht gerade leicht. Zu vielfältig sind die Aspekte, die sich dem neutralen Betrachter bieten. Klar ist zunächst, daß die Bundestagswahl 1969 an der Reihenfolge der Parteien - gemessen an der Zahl der ihnen zugefallenen Stimmen - nichts geändert hat. Trotz eines relativ mäßigen Stimmenrückgangs um 2,1 % blieb die CDU/CSU mit 15,19 Mill. Stimmen oder 46,1 % die stärkste politische Gruppe. Der Rückgang des Stimmenanteils von 47,6 % in 1965 wäre für diese Partei entschieden stärker gewesen, stünden nicht den empfindlichen Einbußen in Hamburg (- 11,0 %), Nordrhein-Westfalen (- 8,1 %), Bremen (- 4,3 %) und Rheinland-Pfalz (- 3,1 %) Gewinne in Hessen (+ 5,2 %) und Baden-Württemberg (+ 4,6 %) gegenüber. In Nordrhein-Westfalen wurde die CDU von der SPD erstmals bei einer Bundestagswahl überflügelt, in Baden-Württemberg erreichte sie - zwar knapper als 1953 bzw. 1957 (52,4 %/ 52,8 %) und bei der jetzigen Wahl in Bayern die CSU (54,4 %) - die absolute Mehrheit. Die SPD, ihr bisheriger Partner in der Großen Koalition, erzielte in allen Ländern Stimmengewinne, in der Spanne zwischen + 1,0 % in Saarland und + 15,0 % in Schleswig-Holstein. Diese beträchtlichen Zunahmeraten machten im Bundesdurchschnitt + 9,8 % aus. Mit 14,06 Mill. Stimmen erreichte die SPD 42,7 % gegenüber 39,3 % in 1965. Besonders hervorzuheben ist das Abschneiden der SPD in Baden-Württemberg, wo sie 14,0 % Stimmen ge-

wann und jetzt bei 36,6 % der Stimmen liegt. Dieses Ergebnis ist angesichts des Tiefpunkts dieser Partei bei der „Testwahl“ 1968 (29,0 %) sehr beachtlich. Die baden-württembergische SPD erlangte nicht mehr wie 1965 den geringsten Stimmenanteil im Vergleich der Bundesländer, sie konnte den letzten Platz an die bayerische SPD abgeben. Eindeutiger Verlierer der Bundestagswahl 1969 unter den 3 bisherigen Bundesparteien ist die FDP, die im Bundesmittel 38,5 % der für sie 1965 abgegebenen Stimmen einbüßte und mit 1,90 Mill. Stimmen von 9,5 % auf 5,8 % zurückfiel. Noch höher als im Bundesdurchschnitt waren die Verluste dieser Partei in Niedersachsen (- 47,7 %), Bayern (- 43,7 %), Hessen (- 42,1 %), Schleswig-Holstein (- 42,9 %) und Baden-Württemberg (- 41,1 %). Hatte die FDP in Baden-Württemberg 1965 mit 13,1 % das vergleichsweise beste Landesresultat erzielt, so wurde sie diesmal mit 7,5 % von der bremischen FDP (9,3 %) deutlich distanziert. Unter die bedeutsame 5 %-Grenze fiel die FDP mit 4,1 % in Bayern.

Eine allgemein stark interessierende Frage war, ob der NPD der Einzug in den 6. Deutschen Bundestag gelingen würde. Bei der Wahl zum 5. Deutschen Bundestag 1965 hatte diese Partei im gesamten Wahlgebiet 664 000 Stimmen (2,0 %) erhalten; für die Berücksichtigung bei der Mandatsverteilung wäre damals die zweieinhalbfache Stimmenzahl notwendig gewesen. Zwischenzeitlich beteiligte sich die NPD an 8 der 9 abgehaltenen Wahlen zu den Landesparlamenten mit wachsenden, teilweise sogar als spektakulär bezeichneten Erfolgen:

Tag der Wahl	Land	Stimmenanteil der NPD bei der Wahl zum	
		Landes- parlament	Bundestag 1965
		in %	
27. 3. 66	Hamburg .....	3,9	1,8
6. 11. 66	Hessen .....	7,9	2,5
20. 11. 66	Bayern .....	7,4	2,7
23. 4. 67	Schleswig-Holstein.....	5,8	2,4
23. 4. 67	Rheinland-Pfalz .....	6,9	2,5
4. 6. 67	Niedersachsen .....	7,0	2,5
1. 10. 67	Bremen .....	8,8	2,7
28. 4. 68	Baden-Württemberg .....	9,8	2,2

Bei all diesen Wahlen fielen der NPD zusammen 61 der 969 zu vergebenden Mandate zu. Eine einfache Extrapolation des sichthar gewordenen Trends hätte zu der Annahme geführt, der NPD wäre ein Wahlerfolg so gut wie sicher. Doch die politische Realität war anders. Zwar gewann die NPD mit 1,42 Mill. Stimmen gegenüber 1965 rund 757 000 Stimmen hinzu, was einer guten Verdoppelung gleichkommt, ihr Stimmenanteil blieb aber mit 4,3 % deutlich unter der entscheidenden 5 %-Grenze. Über 5 % kam die NPD im Saarland (5,7 %), in Bayern (5,3 %), Rheinland-Pfalz (5,2 %) und Hes-

Vorläufige Ergebnisse der Bundestagswahl 1969 (mit Vergleich zu 1965)

Gebiet	Gültige Zweitstimmen Mill.	Zweitstimmenanteil der					Zu-/Abnahme (—) 1969/65 der gültigen Zweitstimmen für					
		CDU <sup>1)</sup>	SPD	FDP	NPD	ADF	überhaupt	CDU <sup>1)</sup>	SPD	FDP	NPD	ADF <sup>2)</sup>
		%										
<b>Bundesgebiet (ohne Berlin) .....</b>	<b>32,96</b>	<b>46,1</b>	<b>42,7</b>	<b>5,8</b>	<b>4,3</b>	<b>0,6</b>	<b>1,1</b>	<b>- 2,1</b>	<b>9,8</b>	<b>-38,5</b>	<b>114,0</b>	<b>-54,5</b>
Schleswig-Holstein .....	1,45	46,1	43,6	5,2	4,3	0,4	2,3	- 2,1	15,0	- 42,9	83,3	- 55,5
Hamburg .....	1,17	34,0	54,6	6,3	3,5	1,2	- 1,7	- 11,0	11,2	- 34,7	94,9	- 57,4
Niedersachsen .....	4,11	45,2	43,8	5,6	4,6	0,4	1,5	0,2	11,5	- 47,7	84,1	- 45,7
Bremen .....	0,45	32,3	52,0	9,2	4,4	1,5	0,7	- 4,3	8,0	- 20,0	62,6	- 46,1
Nordrhein-Westfalen .....	9,69	43,6	46,8	5,4	3,1	0,7	- 0,7	- 8,1	9,3	- 28,8	168,2	- 48,1
Hessen .....	3,10	38,4	48,2	6,7	5,1	0,7	3,6	5,2	9,2	- 42,1	114,3	- 58,5
Rheinland-Pfalz .....	2,06	47,8	40,1	6,3	5,2	0,6	0,0	- 3,1	9,4	- 38,5	110,1	- 53,4
<b>Baden-Württemberg .....</b>	<b>4,59</b>	<b>50,7</b>	<b>36,6</b>	<b>7,5</b>	<b>4,5</b>	<b>0,5</b>	<b>3,0</b>	<b>4,6</b>	<b>14,0</b>	<b>-41,1</b>	<b>112,5</b>	<b>-68,7</b>
Bayern .....	5,73	54,4	34,6	4,1	5,3	0,4	1,5	- 0,7	6,0	- 43,7	102,3	- 58,1
Saarland .....	0,63	46,2	39,9	6,7	5,7	1,2	0,7	- 0,8	1,0	- 21,8	221,5	- 20,0

<sup>1)</sup> In Bayern CSU. - <sup>2)</sup> Den Zweitstimmenzahlen der ADF wurden für 1965 die Zweitstimmenzahlen der damaligen Deutschen Friedens-Union (DFU) gegenübergestellt.

sen (5,1 %). Ausschlaggebend war jedoch, daß die NPD in den bevölkerungsstarken Ländern Nordrhein-Westfalen (3,1 %), Baden-Württemberg (4,5 %) und Niedersachsen (4,6 %) deutlich abgeschlagen wurde und dies in anderen Ländern nicht wettmachen konnte. Die höchste Zunahme erreichte die NPD im Saarland, die geringste in den norddeutschen Küstenländern; Abnahmen gab es in keinem Land.

Alle übrigen Parteien gingen aus dem Wahlgang als Splittergruppen hervor. Anders können die 0,6 % der ADF (Baden-Württemberg 0,5 %), 0,2 % der EP (0,2 %) und die 0,1 % der GDP (0,1 %) nicht gewertet werden; bei der FSU reichte eine Stelle nach dem Komma nicht aus, um ihr Bundesergebnis sichtbar darzustellen.

Wer hat die Wahl gewonnen – wer hat sie verloren? Eine schwierige Frage. Ein Wahlsieger ist wohl unbestritten die SPD; sie hat 1,25 Mill. oder knapp 10 % Stimmen gewonnen, die relative Stimmenmehrheit aber um 1,13 Mill. verfehlt. Als Wahlgewinner muß aber auch die CDU/CSU angesehen werden, sie hat wohl 331 000 Stimmen verloren, aber die relative Mehrheit gehalten. Stärkste politische Gruppe blieben eindeutig die Unionsparteien, die zusammen betrachtet werden müssen, weil es in Bayern keinen Landesverband der CDU und in den übrigen Ländern keine CSU gibt. Wahlverlierer sind – einer Begründung bedarf es hierfür nicht – die FDP und die Splitterparteien. Die NPD aber? Sie hat relativ den höchsten und absolut den zweithöchsten Stimmenzuwachs unter allen Parteien. An ihrem erklärten Ziel ist sie aber gescheitert. Auch sie muß deshalb den Verlierern zugerechnet werden.

#### Einige regionale Aspekte des Wahlergebnisses in Baden-Württemberg

Die dem Statistischen Landesamt bislang nur vorliegenden Wahlkreisergebnisse erlauben noch keine eingehende Auswertung der Wahlergebnisse unter regionalen Gesichtspunkten. Immerhin kann folgende aufschlußreiche Streuungsübersicht nach überdurchschnittlichen Veränderungsraten der Zweitstimmenzahlen 1969 gegenüber 1965 gegeben werden:

Überdurchschnittliche			Zahl	Name
Zu-	Ab-			
nahme der Zweitstimmenzahlen			der Wahlkreise	
CDU	-	-	3	Ludwigsburg, Pforzheim-Karlsruhe-Land I, Lörrach-Müllheim
-	SPD	-	4	Crailsheim, Bruchsal-Karlsruhe-Land II, Heidelberg-Land-Sinsheim, Freiburg
-	-	FDP	2	Stuttgart II, Ravensburg
CDU	SPD	-	5	Leonberg-Vaihingen, Nürtingen-Böblingen, Waiblingen, Konstanz, Reutlingen
CDU	-	FDP	3	Stuttgart I, Waldshut, Balingen
-	SPD	FDP	6	Stuttgart III, Ulm, Aalen-Heidenheim, Tauberbischofsheim, Rottweil, Biberach
CDU	SPD	FDP	5	Heilbronn, Esslingen, Schwäbisch Gmünd-Backnang, Rastatt, Calw

Es fällt auf, daß die Zahl der Wahlkreise, in denen quasi „isoliert“ stärkere Stimmenbewegungen nur einer der drei Parteien vorkamen, nur halb so groß ist wie die Zahl der Wahlkreise, in denen ein Nebeneinander zu beobachten war. Dies und die Tatsache, daß nur in 7 Wahlkreisen Stimmenabnahmen der CDU, in allen aber Stimmenzunahmen der SPD und -abnahmen der FDP festzustellen waren, spricht für ein weitgehendes Gleichlaufen der regionalen Entwicklung mit den allgemein aufgetretenen Tendenzen im Land Baden-Württemberg. Sogar in 2 der 5 Wahlkreise, in denen das Wahlkreismandat auf eine andere Partei überging, nahmen die Stimmen der unterlegenen Partei wie die der obsiegenden Partei, nur eben schwächer, zu (Waiblingen, CDU an SPD; Ludwigsburg, SPD an CDU). In einem Fall verlor der Kandidat, während die Parteistimmen fast unverändert blieben (Stuttgart III, CDU an SPD), in einem Fall verlor der Kandidat bei Stimmengewinn seiner Partei (Karlsruhe, CDU an SPD). Nur in einem Fall verloren Kandidat und Partei (Heidelberg-Stadt, CDU an SPD).

Größere Gewinne gelangen der CDU diesmal auch im Gebiet von Wahlkreisen mit mehr städtischer Bevölkerung, umgekehrt der SPD in Räumen mit mehr ländlichem Einschlag. Die FDP verlor durchgehend, auch und gerade in ihren seitherigen Hochburgen. So kann auch regional von der sogenannten „Polarisation“ zu 2 Parteien hin gesprochen werden – mit der üblichen Einschränkung auf den Regelfall. An dieser Feststellung ändert auch nichts das Abschneiden der NPD, die zwar in allen Wahlkreisen Stimmen gewann, aber nur in 12 Wahlkreisen über 5 % kam (höchster Wert: Wahlkreis Crailsheim 8,3 %).

#### 27 Wahlkreismandate für die CDU, 9 für die SPD

Nach den Erststimmenvielfheiten gewann die SPD die Mandate der 9 Wahlkreise Stuttgart I bis III (letzterer neu), Heilbronn, Waiblingen (neu), Karlsruhe (neu), Mannheim I und II sowie Heidelberg-Stadt (neu), die CDU die der übrigen 27 Wahlkreise (darunter neu Wahlkreis Ludwigsburg). Nach dem Ergebnis der Zweitstimmenausählung hatten die Parteien in Baden-Württemberg Anspruch auf 70 Sitze, und zwar die CDU auf 37, die SPD auf 27 und die FDP auf 6 Sitze. Unter Anrechnung der Wahlkreismandate kamen auf den Landeslisten zum Zuge bei der CDU 10, bei der SPD 18 und bei der FDP 6 Bewerber. Gegenüber 1965 hat die CDU per Saldo 3 Wahlkreismandate verloren und die SPD 3 gewonnen. Bei den Landeslisten ergaben sich folgende Veränderungen: CDU + 5, SPD + 1, FDP - 4. In Baden-Württemberg gewann die CDU insgesamt 2 Sitze hinzu, die SPD 4, während die FDP 4 Sitze verlor.

Nach dem Gesamtergebnis des Bundes hat der 6. Deutsche Bundestag (ohne die Berliner Abgeordneten) folgende Zusammensetzung: CDU 242, SPD 224 und FDP 30 Abgeordnete. Gegenüber 1965 verlor die CDU per Saldo 33 Wahlkreismandate an die SPD. Umgekehrt verloren SPD und FDP 11 bzw. 19 Landeslistenmandate an die CDU (zusammen + 30). Daraus ergeben sich folgende Gesamtveränderungen an Mandaten: CDU - 3, SPD + 22, FDP - 19. Einen „Erdrutsch“ hat es also nicht gegeben, aber immerhin eine nicht unbeachtliche Verschiebung zwischen SPD und FDP.

Dr. Eberhard Gawatz / Dipl.-Math. Rolf Deininger